

Kiel, 14.12.2005

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

*TOP 23 - Sichere Lebensmittel – Besserer Verbraucherschutz*

**Siegrid Tenor-Alschausky:**

## **Bei Lebensmittelskandalen Strafverfolgung auf Firmen ausweiten**

Den Verbraucherschutz stärken und als politische Querschnittsaufgabe ausbauen, nennt Siegrid Tenor-Alschausky als Vorhaben der SPD-Landtagsfraktion. Eine grenzenlose Freiheit der Märkte führe dazu, dass die Verbraucher den Machenschaften skrupelloser Profiteure ausgeliefert sind. Freiwillige Selbstkontrolle reiche nicht aus; staatliches Handeln sei gefordert, Kontrolle notwendig. Die SPD-Landtagsfraktion fordere ein Verbraucherinformationsgesetz, so Tenor-Alschausky, das die „schwarzen Schafe“ in der Wirtschaft benenne. Zudem sei die Möglichkeit der Strafverfolgung dieser Unternehmen nötig.

### Die Rede im Wortlaut:

Erinnern Sie sich noch? Salmonellen im Geflügel, Hormone im Kalbfleisch, gepanschtes Olivenöl, Glykol im Wein, Nematoden im Fisch, BSE, Listeriose-Bakterien in Weichkäse, Pestizide im Tee und in Gewürzen, Nikotineinsatz in der Hühnerhaltung, nicht zu vergessen Nitrofen im Bio-Getreide, Acrylamid in Kartoffelchips und Spekulation und immer wieder Umetikettierung abgelaufener Fleischwaren.

Und nun das „Gammelfleisch“!

Trotz Lebensmittelkontrollen und Qualitätszeichen: Die Verbraucherin, der Verbraucher können nicht hundertprozentig sicher sein, dass die Lebensmittel, die sie erwerben, frei von gesundheitsgefährdenden Mängeln sind.

Auch deshalb geht ein herzlicher Dank an die FDP-Fraktion, die die heutige Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag durch ihren Berichtsantrag angeregt hat. Bemerkenswert ist es allerdings schon, dass die FDP im ersten Teil ihres Antrags die Landesregierung auffordert, gemeinsam mit Kreisen und kreisfreien Städten ein Konzept zu einer sachgerechten Lebensmittelüberwachung zu entwickeln und die Zahl der Lebensmittelkontrolleure vor Ort aufzustocken. Ein solcher Antrag von der Partei, die ansonsten Deregulierung und Standardfreigabe fordert, das hat schon etwas!

Aber es soll niemandem verwehrt werden dazuzulernen. Man braucht eben doch einen handlungsfähigen Staat. Denn eine grenzenlose Freiheit der Märkte führt in der Praxis dazu, dass die schwächeren Marktteilnehmer, die Verbraucher, den Machenschaften skrupelloser Profiteure ausgeliefert sind. Da reicht freiwillige Selbstkontrolle nicht aus, da kann man sich auch nicht nur auf Zertifizierung und Gütezeichen verlassen. Staatliches Handeln ist gefordert, Kontrolle ist notwendig, zeitnahe Information des Verbrauchers zu gewährleisten. Also liebe Freidemokraten: Willkommen im Club!

Denn CDU und SPD haben die Notwendigkeit eines effektiven Verbraucherschutzes längst erkannt und in ihrem Koalitionsvertrag für Schleswig-Holstein festgelegt: „Verbraucherschutz berührt alle Politikfelder. Verbraucherinnen und Verbraucher haben in allen Bereichen Schutzrechte. Wir wollen deshalb den Verbraucherschutz stärken und als politische Querschnittsaufgabe ausbauen. Ernährungswirtschaft, der Verbraucherschutz und die Wertschöpfung für den ländlichen Raum werden durch nachhaltige Qualitätsstandards gesichert und gestärkt.“

Ein Verbraucherinformationsgesetz schafft die Grundlage dafür, dass Ergebnisse von Kontrollen transparent veröffentlicht werden.... Wir werden die Lebensmittelsicherheit durch Qualitäts- und Herkunftssicherung konsequent verbessern.“

Bei der Abfassung des Koalitionsvertrags bewegte gerade kein aktueller Lebensmittel-skandal die öffentliche Diskussion. Aber die Politikerinnen und Politiker beider Parteien handelten verantwortungsbewusst und widmeten dem Verbraucherschutz die gebührende Aufmerksamkeit.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine schnelle gesetzliche Neuordnung des Verbraucherschutzes in einem Verbraucherinformationsgesetz. Als Grundlage dazu können die Beschlüsse des Bundestages von 2002 und 2005 dienen, die seinerzeit durch den Bundesrat abgelehnt wurden. Wir begrüßen die Initiative von Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer, auf der Grundlage des Koalitionsvertrags bereits im Januar mit den parlamentarischen Beratungen zu beginnen.

Ein entsprechendes Gesetz bedeutet gesellschaftliche Kontrolle, denn es informiert Verbraucherinnen und Verbraucher, benennt die „schwarzen Schafe“ in der Wirtschaft und schafft Sanktionsmöglichkeiten gegen diese Unternehmen. Verantwortungsvoll und ordnungsgemäß handelnde Betriebe sollen nicht unter den Betrugereien anderer zu leiden haben.

Wir Sozialdemokraten treten für ein Höchstmaß an Sicherheit, Transparenz und Wahlfreiheit ein. Dazu gehören auch ein neues Lebensmittelbuch, effektive Lebens- und Futtermittelkontrollen sowie durchgehende Sicherungssysteme in der gesamten Produktionskette. Wir wollen die unabhängige Verbraucherberatung sicherstellen, damit sich Verbraucherinnen, Verbraucher und Wirtschaft auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen. Damit kann der zum Teil ruinöse Preiswettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel gebremst werden. Qualität sollte vor unkontrollierter Quantität stehen. Es ist

sehr bedauerlich, dass das Verbraucherinformationsgesetz zuletzt 2005 am Widerstand der Bundesratsmehrheit gescheitert ist. Hätten wir dieses Gesetz, könnten Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren, welche Firmen Gammelfleisch verkauft, gekauft und wie weiterverwertet haben!

Die SPD begrüßt den „10-Punkte-Plan“ des Ministers Seehofer. Wir unterstützen ausdrücklich seine Aussage: „Wirtschaftliche Prozesse dürfen sich nicht nur auf Gewinnmaximierung reduzieren. Um das zu vermeiden, sind wir Politiker in der Verantwortung. Wir werden deshalb alles tun, um solch gewissenlosen Machenschaften das Handwerk zu legen.“

Wir erwarten, dass jetzt rasch ein Gesetzentwurf folgt, der den Verbraucherschutz wirklich stärkt. Es reicht uns nicht zu fordern, bei Verstößen den gesetzlichen Strafrahmen voll auszuschöpfen. Wir halten es für notwendig, auch strafrechtlich auf die veränderten Wirtschaftsstrukturen zu reagieren. Die Strafverfolgung von Einzelpersonen muss ergänzt werden durch die Möglichkeit des strafrechtlichen Zugriffs auf Firmen. Im Handel dominiert nicht mehr der „Tante-Emma-Laden“, sondern Lebensmittelkonzerne. Viele Fleischwaren stammen nicht mehr aus dem Fleischereifachgeschäft um die Ecke, dessen Inhaber persönlich bekannt ist, sondern aus Großschlachtereien. Auf diese Handelsstrukturen muss der Bundesgesetzgeber angemessen reagieren!

Wer jetzt in der öffentlichen Diskussion die „Geiz-ist-Geil“-Mentalität vieler Verbraucherinnen und Verbraucher für die Skandale in der Lebensmittelbranche verantwortlich macht, entlässt die Lebensmittelproduzenten und -verkäufer aus ihrer ureigensten Verantwortung. Denn der Verbraucher kann sich nicht auf die Gleichung „Teuer gleich gut“ verlassen. So haben gerade die jüngsten Untersuchungen von Obst und Gemüse auf Pestizidrückstände bestätigt, dass einige Discounter sehr wohl qualitativ hochwertige Produkte anbieten, während teurere Produkte höher als preiswerte Ware belastet sein können. Wir Sozialdemokraten möchten, dass Lebensmittel aller Preiskategorien

sicher sind und die Verbraucherin, der Verbraucher sich darauf verlassen können, einwandfreie Ware zu kaufen.

Die SPD sieht der weiteren Diskussion im Ausschuss, aber auch auf Bundesebene erwartungsvoll entgegen. Wir werden das Thema „Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz“ auch dann intensiv weiterverfolgen, wenn das „Ekelfleisch“ nicht mehr in aller Munde ist!